

# SPD demokratischer pressediens

P/XXX/194

10. Oktober 1975

## Unions-Taktik vor Staatsinteresse

---

Das zwiespältige Verhalten der CDU/CSU gegenüber Polen

Von Bruno Friedrich MdB

Außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion  
und Mitglied des Vorstandes der SPD

Seite 1 / 39 Zeilen

## Entspannungspolitik bleibt ohne Alternative

---

Nüchterne Bilanz nach dem KSZE-Abschluß

Von Alfons Pawelczyk MdB

Vorsitzender des Bundestags-Unterausschusses für Ab-  
rüstung und Rüstungskontrolle

Seite 2 und 3 / 96 Zeilen

## Politische Falschmünzer am Werk

---

Baden-Württemberg: CDU-Wahlkampf ein Hohn auf den  
mündigen Bürger

Von Dr. Erhard Eppler MdB

Landesvorsitzender und Spitzenkandidat der SPD Baden-  
Württemberg und Mitglied des SPD-Präsidiums

Seite 4 und 5 / 45 Zeilen

## EG-Richtlinien für sichere Autos

---

Bestimmungen auf nationaler Ebene reichen nicht mehr aus

Von Horst Seefeld MdB

Mitglied des Verkehrsausschusses im Europäischen  
Parlament

Seite 6 und 7 / 53 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Schert

5300 Bonn 12, Heustalle 2-10  
Postfach: 180 008  
Pressehaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 02 80 37-34  
Telefax: 02 80 840-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376811

Union-Taktik vor Staatsinteressen

Das zwiespältige Verhalten der CDU/CSU gegenüber Polen

Von Bruno Friedrich MdB

Außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion  
und Mitglied des Vorstandes der SPD

Der CDU-Vorsitzende Dr. Helmut Kohl hat eben erklärt, er wolle nach vor der Bundestagswahl 1976 nach Polen reisen. Gleichzeitig schweigt sich der CDU-Kanzlerkandidat aber beharrlich darüber aus, ob die CDU als Partei und ob die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, deren gewählter Kandidat er ist, bereit sein werden, einen konstruktiven Beitrag zur Aussöhnung mit Polen zu leisten.

Die Erklärungen des außenpolitischen Sprechers der CDU-Fraktion, Dr. Werner Marx, - wie auch anderer CDU-Politiker vom rechten Flügel - sind mit Sicherheit kein konstruktiver Beitrag zur Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen. Vergessen ist in der Union die von dem damaligen Bundeskanzler Dr. Kurt Georg Kiesinger 1966 in der Regierungserklärung getroffene Feststellung, daß die deutsch-polnische Aussöhnung als eine der deutsch-französischen Aussöhnung vergleichbare Aufgabe gesehen werden müsse. Vergessen ist in der Union auch, warum Kiesinger dies erklärte: Polen hat als erster von Hitler überfallener Staat im Krieg ein Viertel seiner Bevölkerung verloren.

Die Union ignoriert, daß ohne normale deutsch-polnische Beziehungen für eine friedliche Entwicklung in Mitteleuropa ein Eckpfeiler fehlen würde. Die Union übersieht, daß sich die Wirtschaftsbeziehungen der Bundesrepublik zu Polen in den letzten Jahren sehr gut entwickelt haben, und daß auch andere Staaten, wie jüngst Frankreich, im Interesse des Ausbaus ihrer Wirtschaftsbeziehungen zu Polen erhebliche Kreditmittel einsetzen. Die Union schweigt zu der Tatsache, daß den Deutschen in den früher deutschen Gebieten, die nach wie vor in Polen leben, ihre Rentenansprüche durch ein von einer CDU-geführten Regierung beschlossenes Gesetz bisher vorenthalten worden sind, und daß hier, wie Gerichtsurteile beweisen, eine Lösung gesucht werden mußte.

Daß das Problem der Familienzusammenführung schwierig ist, das schwierigste Problem im Ost-West-Verhältnis überhaupt, müßte die Union aus ihrer Regierungszeit ebenfalls wissen. Hier hat die Koalition die größeren Erfolge insgesamt vorzuzeigen. An dieser Tatsache ändern nichts die ständigen Schwierigkeiten bei den Bemühungen, die Familienzusammenführungen quantitativ zu erhöhen und die Verfahrensweisen zu verbessern. Die Unions-Parteien haben mit ihrer undifferenzierten Kritik an den Verträgen und Vereinbarungen mit Warschau eines bewiesen: Die CDU/CSU stellt nach wie vor ihre innenpolitische Wahlkampfstrategie und die Befriedigung ihres rechten Parteiflügels höher als die internationalen Interessen der Bundesrepublik. Dies war so bei Barzel und das hat sich, seitdem Kohl Kanzlerkandidat ist, nicht geändert. (-/10.10.1975/bgy/e/pr)

+ + +

## Entspannungspolitik bleibt ohne Alternative

### Nüchterne Bilanz nach dem KSZE-Abachluß

Von Alfons Pawelczyk MdB

Vorsitzender des Bundestags-Unterausschusses für Ab-  
rüstung und Rüstungskontrolle

Die KSZE-Schlußakte ist die Geschäftsgrundlage für weitere praktische Entspannungspolitik in Europa. Lediglich Politiker mit schwach ausgeprägtem Realitätsinn konnten von diesem ersten Versuch mehr erwarten. Schließlich galt es 33 europäische und zwei amerikanische Staaten trotz aller Probleme, die sie miteinander haben, zum Konsens zu veranlassen. Das "Wenige", das erreicht wurde, ist sehr viel, wenn es von allen Staaten realisiert wird. Auf diese Verwirklichung müssen wir uns also konzentrieren.

Etlliches bedarf einer langen Anlaufzeit. Die "Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen" z. B. kann nur dann auf Dauer verbessert werden, wenn die Praktiken der Verwaltungen vieler Staaten auf dem Verordnungswege neu gestaltet werden. Je größer der Staat, desto länger dauert logischerweise die Anlaufzeit. Auch aus diesem Grund soll der erste Meinungsaustausch "Über die Durchführung der Bestimmungen der Schlußakte und die Ausführung der von der Konferenz definierten Aufgaben" erst in der zweiten Jahreshälfte 1977 stattfinden. Indem die KSZE-Staaten sich gegenseitig diese zweijährige Umstellungsphase zubilligen, akzeptieren sie eben ausdrücklich nicht die Handlungsweise der Gegner der Entspannungspolitik. Und die Gegner sind bereits dabei, ihr destruktives Werk zu betreiben. Sie benutzen die KSZE-Schlußakte quasi als Checkliste und prengern schon jetzt jeden als Friedensfeind an, der die Liste noch nicht abgearbeitet hat. Sie werden und dürfen aber nicht die Chance erhalten, unsere Entspannungspolitik zu schädigen.

Andererseits bekommen sie aber Verbündete, wenn die Ostblockpresse nicht aufhört, eindeutige Formulierungen und Aufforderungen der KSZE-Schlußakte umzuinterpretieren. Östliche Pressekommentare zum Thema Manöverankündigungen sollten durch offizielle Stellungnahmen der Regierung korrigiert werden, sonst werden atmosphärische Störungen, unter anderem bei den MBFR-Gesprächen in Wien, nicht zu vermeiden sein. In den "vertrauensbildenden Maßnahmen und bestimmten Aspekten der Sicherheit und Abrüstung" wird die Erwartung ausgesprochen, daß Manöver angekündigt und Manöverbeobachter eingeladen werden. Von einer Reduzierung der Manöverfähigkeit ist nirgends die Rede. Nach meiner Auffassung könnte sie als ein weiterer Schritt verabredet werden, vielleicht bei den später vorgesehenen Zusammentreffen der KSZE-Staaten. Wer aber bereits die zweite Forderung stellt, ohne vorher die erste in die Tat umgesetzt zu haben, der liefert den Entspannungsgegnern Argumente, die nur schwer zu entkräften sind.

Die militärischen vertrauensbildenden Maßnahmen konnten erst nach langen Verhandlungen in der KSZE-Vorphase auf die Tagesordnung gesetzt werden. Während der zweijährigen Genfer-Verhandlungen bereitete dieser Teil besondere Schwierigkeiten. Die Warschauer-Paktstaaten wollten:

- a/ Nur Manöver ab einer Größenordnung von 40 000 Mann angekündigt wissen;  
man einigte sich auf 25 000 Mann. b/ Nur gegenüber den direkt an das

Manövergebiet angrenzenden Staaten ankündigen; man einigte sich darauf gegenüber allen KSZE-Staaten anzukündigen. c/ nur solche Manöver ankündigen, die einem Raum bis zu 50 km von der Grenze stattfinden; man einigte sich auf 250 km bei Staaten, die an nichteuropäische Staaten angrenzen; aeneonaten auf die Einbeziehung des gesamten europäischen Territoriums. d/ die Ankündigungsfrist auf fünf Tage beschränken; man einigte sich aus 21 Tage. e/ Ankündigungen über die Presse bekanntgeben; man einigte sich auf den diplomatischen Informationsweg.

Ebenso wie der Osten mußte auch der Westen seine weitergehenden Forderungen auf den genannten Kompromiß zurückschneiden lassen. Die Beispiele zeigen, daß es sich bei dem Komplex um einen äußerst sensiblen für alle Staaten handelt. Es ist jedoch an der Zeit, diesen Teil der Absprachen nach Geist und Buchstaben zu verwirklichen. Im Gegensatz zu anderen Teilen der Schlußakte sind hier umfangreiche bürokratische Vorarbeiten nicht nötig. Der Westen hat bereits am 22. August 1975 das erste Manöver angekündigt und am 10. September 1975 zu einem anderen Manöver zusätzlich Manöverbeobachter eingeladen. Ebenfalls wurde am 10. September ein Manöver angekündigt, an dem weniger als 25 000 Soldaten (17 000) teilnehmen. Ich bin überzeugt, daß in absehbarer Zeit die Anfangsschwierigkeiten und Mißverständnisse überwunden sein werden.

Die von West und Ost gewünschte Entspannungspolitik muß in ihre konkrete Phase eintreten. Vereinbarungen bei SALT II und BMFA werden zweifellos durch die Art der Behandlung der KSZE-Texte beeinflusst. Es gibt viele gute Ansätze für weitere Fortschritte. Aber selbst wenn die optimistische Prognose sich nicht erfüllt, wäre unsere Konzeption richtig. Entspannungspolitik kann nur offensiv geführt werden. Die defensive, die geradezu destruktive Phase der CDU/CSU der 50 und 60er Jahre war nicht mehr zu verantworten. Unsere Entspannungspolitik hat bereits erhebliche Verbesserungen gebracht. Unsere Entspannungspolitik ist sicherheitspolitisch abgedeckt. Wir gehen kein Risiko zu Lasten unseres Landes ein. Der Bürger unserer freiheitlichen Demokratie hat dagegen Anspruch darauf, daß wir jede noch so kleine Chance nutzen, um das Verhältnis zwischen Ost und West zu entkrampfen und den Frieden sicher zu machen.

Bleibt die Entspannungspolitik indessen ohne den angestrebten Erfolg, so wird der Bürger umso mehr Verständnis für die zu seiner Zeit vernachlässigten Verteidigungsanstrengungen aufbringen. Auch hier müssen dem Bürger nämlich nüchterne Fakten und nicht Klischee-Behauptungen geboten werden. Wer dem Bürger jedoch eindeutige Bewertungsmaßstäbe vorenthält, treibt nicht nur ein gefährliches Spiel mit unserer Sicherheit, er geht auch mit voller Absicht den Weg der Konfrontationspolitik. Konfrontationspolitiker müssen aber von der Regierungsverantwortung fernhalten werden.  
(-/10.10.1975/wi/ja/ee)

+ + +

Politische Falschmünzer am Werk  
-----

Baden-Württemberg: CDU-Wahlkampf ein Hohn auf den mündigen Bürger

Von Dr. Erhard Eppler MdB

Landesvorsitzender und Spitzenkandidat der SPD  
Baden-Württemberg und Mitglied des SPD-Präsidiums

Wenn der CDU-Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger sich weiterhin damit begnügt, vorzulesen, was seine semantisch geschulten Büchsenpanner ihm aufschreiben, dann werden wir einen verwirrenden Wahlkampf bekommen. Das Rezept dieser Leute, die sich auf ihre Schlitzohrigkeit sicher einiges zugute halten, ist zynisch: Es kommt auf die Wirklichkeit nicht an, sondern nur auf das Bild der Wirklichkeit, das sie vermitteln.

Sie wissen natürlich, daß die Schwierigkeiten unserer Wirtschaft der Reflex auf eine langwierige internationale Strukturkrise sind, aber sie erwecken den Eindruck daß man nur eine neue Bundesregierung brauche, dann werde alles wieder gut. Sie wissen, daß Filbinger der Typ des Strukturkonservativen ist, der immer für Ordnung eintritt, ziemlich unabhängig davon, um welche Ordnung es sich handelt. Aber sie haben herausgefunden, daß sich "liberal" besser anhört als "konservativ".

Sie wissen natürlich, daß die meisten sozialen Verbesserungen der letzten Jahre gegen den Widerstand der CDU gerade in Baden-Württemberg erkämpft werden mußten - vom neuen Betriebsverfassungsgesetz bis zum neuen Mietrecht; daß die CDU jede soziale Komponente im Steuerrecht bekämpft und, wo möglich, mit ihrer Mehrheit im Bundesrat zu Fall gebracht hat, aber sie haben sich sagen lassen, daß "sozial" ein "positiv besetzter Begriff" sei.

Sie wissen natürlich, daß der SPD-Spitzenkandidat noch nie von einer Luxussteuer gesprochen hat, aber sie paßt eben ins Klischee, das sie den Wählern anbieten wollen. Dabei wird auch einfach faustdick gelogen: Die

Behauptung, der sozialdemokratische Spitzenkandidat wolle keine Investitionen in strukturschwachen oder gefährdeten Gebieten, ist das schlichte Gegenteil der Wahrheit.

Den Büchsenspannern ist wohl auch klar, daß ihre Strategie die parlamentarische Demokratie mehr aushöhlt als extremistische Parolen: Wo eine Partei - zumindest verbal - allen alles sein will, wird parlamentarische Demokratie sinnlos. Kein Politiker kann es den Reaktionären und den Liberalen zugleich recht machen. Kein Politiker kann den Wachstumsfetischisten und den Umweltschützern gleichermaßen den Willen tun, kein Politiker kann mit den Unternehmern gegen die paritätische Mitbestimmung kämpfen und sich dann als Vertreter der Arbeitnehmer ausgeben.

Die Anlage des CDU-Wahlkampfes für den baden-württembergischen Landtag ist in einer Weise unseriös, daß der wache Bürger das Gefühl haben muß, er werde auf den Arm genommen. Wir haben keine rosigen Zeiten vor uns. Wir müssen mit Schwierigkeiten fertig werden, von denen wir vor ein paar Jahren noch keine Ahnung hatten. Während die SPD sich aber bemüht, diese Schwierigkeiten in den Griff zu bekommen, weicht die CDU in einen Begriffsimperialismus aus, der schließlich alle Begriffe entwertet. Während die SPD sagt, was ist, und tut, was sein muß, sagt die CDU, was die Leute gerne hören, und tut dann, was ihre Geldgeber für den Wahlkampf gerne sehen.

In Baden-Württemberg geht es in den nächsten Monaten nicht nur um Wählerstimmen, es geht auch darum, ob der Wähler alle Parteien zwingt, ihn ernst zu nehmen.

(-/10.10.1975/wi/ee/pr)

+ . + . +

EG-Richtlinien für sichere Autos

Bestimmungen auf nationaler Ebene reichen nicht mehr aus

Von Horst Seefeld MdB

Mitglied des Verkehrsausschusses im Europäischen Parlament

Viele sommerliche Urlaubspläne endeten auch dieses Jahr nicht an den südlichen Gestaden, sondern im Krankenhaus und in der Kraftfahrzeugreparaturwerkstatt. Wenn man die Unfälle im einzelnen analysiert, wird man zu dem Ergebnis kommen, daß nicht immer menschliches Versagen, sondern oft fahrzeugtechnische Faktoren oder relativ unbedeutende Herstellungsmängel die "kleinen Ursachen" für die "großen Wirkungen" waren.

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften hat das erkannt und bemüht sich seit Jahren mit Erfolg um die Verbesserung der Verkehrssicherheit, indem sie die sicherheitstechnische Harmonisierung im europäischen Kraftfahrzeugbau vorantreibt. Das ist wertvolle Detailarbeit, die sich wohltuend von so manchen bürgerfernen Zukunftsvisionen der Gemeinschaft abhebt.

Ein ganzes Bündel von Maßnahmen hat der Rat bereits verabschiedet. So wurde für die Lenk- und Bremsanlagen sowie für Türen, Rückspiegel, Kraftstoffbehälter, Hupen und für die Innenausattung der Kraftfahrzeuge in Harmonisierungsrichtlinien Mindest-Sicherheitsvorschriften erlassen. Die nicht-motorisierten Teilnehmer des Straßenverkehrs wurden gegen die Verunreinigung der Luft durch Abgase geschützt. Allgemeine Vorschriften hinsichtlich der Betriebserlaubnis, der Kraftfahrzeugkennzeichen und der Sicherungseinrichtungen gegen unbefugtes Benutzen von Kraftfahrzeugen haben das Programm ergänzt.

Weitere, unfallstatistisch begründete und dem gesteigerten Sicherheitsbedürfnis des Verkehrsteilnehmers entsprechende Harmonisierungsrichtlinien sind von der Kommission dem Rat unterbreitet worden: Fahrtrichtungsanzeiger, Sicherheits Scheiben, Scheibenwaschanlagen, Schutz vor Lenkradverletzungen, Beleuchtungseinrichtungen (einschließlich Nebel Scheinwerfern und Rückstrahlern) und Außenkanten der Kraftfahrzeuge.

Mögen auch Außenstehende bisweilen mitleidig über manche in der EG-Bürokratenprache abgefaßten Texte lächeln, oder die Harmonisierungsbemühungen als überflüssig bezeichnen; es bleibt unbestritten, daß derartige kleine Schritte helfen, mehr Sicherheit zu erlangen. Diese kleinen Schritte sind

nicht Ausdruck eines engstirnigen Bürokratismus, sondern bedeuten konkret weniger Unfälle und -verletzte. Sie sind sogar unerlässlich, denn sie stellen, methodisch gesehen, die geeignete Strategie dar, um die Automobilhersteller von kostenmäßig vertretbaren Sicherheitsbauten zu überzeugen. Die Bauartgenehmigungen wirken auf diese Weise präventiv und erleichtern die späteren Kontrollen der Betriebssicherheit der Kraftfahrzeuge. Es ist verständlich, daß die verstärkten Sicherheitsbestimmungen nicht mehr national erlassen werden können, denn Herstellung und Absatz der Kraftfahrzeuge einerseits und ihre Benutzung andererseits vollziehen sich längst europäisch. Die Absatzziffern ausländischer Kraftfahrzeuge in der Bundesrepublik und der sinkende innerstaatliche Anteil am Gesamtverkehrsaufkommen beweisen dies.

Dieser sicherheitstechnische Bereich entlastet die Europäische Gemeinschaft natürlich nicht aus ihrer Verantwortung hinsichtlich ihrer globalen Aufgaben für einen europäischen Verkehrsinfrastrukturplan, ausreichende Kapazitätskontrollen für Straße und Binnengewässerwege und einer Preispolitik für die Verkehrsträger untereinander. Hierzu liegen ja bereits klare Vorschläge der Kommission und des Europäischen Parlaments auf dem Tisch des Ministerrats, denen sich erfreulicherweise die Bundesregierung und einstimmig der Deutsche Bundestag vor kurzem angeschlossen haben. Es bleibt zu hoffen, daß der Rat der Verkehrsminister die große Bedeutung der europäischen Verkehrspolitik endlich erkennt und die notwendigen Beschlüsse faßt.

(-/10.10.1975/wl/e/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller